

Essay:

ANTILIBERALES EUROPA ODER ANTI-EUROPA? EUROPAKONZEPTIONEN IN DER FRANZÖSISCHEN EXTREMEN RECHTEN.¹

Von Dieter Gosewinkel

Wer 1942 durch die Straßen von Paris ging und Bekanntmachungen der deutschen Besatzungsmacht und des kollaborierenden Vichy-Regimes sah, stieß immer wieder auf ein Wort: „Europa“ bzw. „L’Europe nouvelle“.² Ein halbes Jahrhundert später prägte wieder „Europa“ das Pariser Straßenbild, diesmal anlässlich der Volksabstimmung über den Vertrag von Maastricht 1992. Dort war auf Plakaten unter den Farben der Trikolore zu lesen: „Non à Maastricht – oui à l’Europe des patries“³ – unterzeichnet: „Front National“ (FN) bzw. Jean-Marie Le Pen. Lassen sich diese beiden, so verschiedenen Zeiten und Anlässen entstammenden Proklamationen eines geeinten Europa miteinander in Verbindung setzen?

Zwei Möglichkeiten bieten sich an. Die eine interpretiert die beiden Kampagnen als gleichermaßen gegen Europa gerichtete Propaganda. Diese Auslegung wertet die Europa-Publizistik des Nationalsozialismus zumeist als bloßes Element der Propaganda, die die Kräfte der Kollaboration zum militärischen „Endsieg“ bündeln sollte. Analog dazu wird betont, dass sich Le Pen explizit gegen das „Europa von Brüssel“ wendet. Diese Deutungen interpretieren die jeweilige Europa-Propaganda als Gegenpositionen zu dem realen Europa, wie es in der europäischen Integration nach 1945 Gestalt gewonnen hat – demokratisch, liberal, von Gleichberechtigung und humanen Werten geprägt – d.h. als Propaganda für ein „Anti-Europa“. Die zweite Möglichkeit der Verbindung besteht in einer Kontinuitätslinie von dem Europabild der Kollaboration und bis zu demjenigen der rechtsextremen Gruppierung in Frankreich ein halbes Jahrhundert später. Ich möchte von diesen Möglichkeiten ausgehend zeigen, dass diese historische Kontinuität zwar vorhanden war, jedoch gespalten ist. Meine *These* ist: Aus dem nationalsozialistisch beherrschten Europa – dem „Anti-Europa“, wie es die herrschende Literaturmeinung deutet – entstanden zwei Kontinuitätsstränge des Nachdenkens über Europa: Anfangs sind sie miteinander verflochten, laufen dann parallel und geraten schließlich in Widerstreit.

Im Folgenden möchte ich auf französischer Seite die Spur der gespaltenen Kontinuität vom Europa der Kollaboration einerseits, der ökonomischen Integration andererseits verfolgen.

¹ Essay zu der Quelle Titelblatt der Zeitschrift *Défense de l’Occident* (Mai/Juni 1965), in: Themenportal Europäische Geschichte 2021, URL: < <https://www.europa.clio-online.de/quelle/id/q63-60596>>.

² Bildnachweise bei: Schmale, Wolfgang, *Geschichte Europas*, Stuttgart 2001, S. 126f.; Bruneteau, Bernard, „L’Europe nouvelle“ d’Hitler. Une illusion des intellectuels de la France de Vichy, Paris 2003; für Hinweise auf die Ausstellung 1941 „La France européenne“ siehe: Baronnet, Jean; Zucca, André, *Les Parisiens sous l’Occupation. Photographies en couleurs d’André Zucca* (Albums Beaux Livres), Paris 2008.

³ Mudde, Cas, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007, S. 158, 165.

Denn dort erwuchs der lange Zeit wirksamste Widerstand gegen den Prozess der europäischen Integration. In diesem Beitrag geht es um eine Erklärung für diesen Widerstand, der dem realen Europa der Integration im ausgehenden 20. Jahrhundert z.B. in der Kampagne des FN entgegenschlagen begann. Inwieweit lässt sich der Protest in seinem organisatorischen Kern auch auf eine Europakonzeption zurückführen, die auf die deutsch-französische Kollaboration während des Zweiten Weltkriegs zurückgeht und von dort aus ihre Wirksamkeit entfaltetete?

Nationalsozialistische Europakonzepte

Das nationalsozialistische Regime trat 1933 ohne ein eigenes politisches Konzept von Europa die Macht an. Europa-Modelle der Zwischenkriegszeit wies es als Ausdruck eines überkommenen liberalen, föderalistischen Denkens zurück und setzte zunächst auf die einseitige, hegemoniale Ausdehnung des eigenen Herrschafts- und Wirtschaftsraums. Nach dem deutschen Sieg über Frankreich 1940 verbreitete sich beim Hegemon Europas jedoch die Einsicht, dass auch ein nationalsozialistisches Großreich Europa eines gewissen Maßes an Mitwirkung und Zustimmung der Beherrschten auf der Grundlage eines gemeinsamen Konzepts und einer – zumindest fiktiven – Interessengemeinschaft Europa bedurfte. Dieser machtpolitische Zweck verband die vielfältigen Europaproklamationen, die im Regime selbst und in einer Fülle regimenaher Institutionen entwickelt wurden. Sie zielten darauf ab, die Bereitschaft zur Kollaboration in den besetzten Gebieten zu wecken.⁴ Die Mehrheit der Vertreter des Regimes verstand diese Europadeklamationen also vor allem instrumentell-propagandistisch.

Innerhalb des Regimes gab es jedoch auch Kräfte, die einen wirtschaftlich und politisch geeinten Großwirtschaftsraum im Nachkriegseuropa auf der Basis von Gleichberechtigung planten. Zunehmend wurde die Einsicht vertreten, dass nur ein aus innerer Überzeugung seiner Mitglieder getragenes, geeintes Europa die politische Abwehrkraft gegenüber den zentralen ideologischen und wirtschaftlichen Konkurrenten, den kapitalistischen USA und der kommunistischen Sowjetunion, aufbringen werde. Diese Position fand bei einer Gruppe sogenannter „germanischer Europäer“⁵ innerhalb der SS-Zentrale Rückhalt. Sie entwickelten Thesen zu einer „europäischen Friedensordnung“, die die „Zurückstellung des nationalstaatlichen Eigennutzes hinter den europäischen Gemeinnutz“ und eine „Zusammenarbeit der europäischen Volkswirtschaften(n)“ forderten. Das Ziel dieser

⁴ Als Beispiel für Frankreich siehe die Erklärung Marschall Pétains zur Kollaboration am 24. Oktober 1940, dazu: Gosewinkel, Dieter, Die Illusion der europäischen Kollaboration. Marschall Pétain und der Entschluß zur Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland, in: Hohls, Rüdiger; Schröder, Iris; Siegrist, Hannes (Hgg.), Europa und die Europäer. Quellen und Essays zur modernen europäischen Geschichte. Festschrift für Hartmut Kaelble zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2005, S. 329–335.

⁵ Elvert, Jürgen, Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918–1945) (Historische Mitteilungen – Beihefte; 35), Stuttgart 1999, S. 309–386.

Gemeinschaftsvorstellung war ethnisch-restriktiv: der Zusammenschluss „stammesgleiche(r) europäischer Völker“ zu einem „germanischen Reich“.⁶ Hierin kam die Vorstellung völkischer Verbundenheit zu einer „europäischen Schicksalsgemeinschaft“ zum Ausdruck, die sich in der Überwindung nationaler Staatsgrenzen und einer gemeinsamen Wirtschaft in Europa vollenden sollte.

Diese Gruppe stimmte in Bezug auf die Wirtschaft mit einer zweiten Interessenströmung überein: Wichtige Teile der Großwirtschaft sahen – jenseits ethnischer Gemeinschaftsvorstellungen – die wirtschaftlich-industrielle Zukunft Europas in einer gemeinsamen Zoll- und Außenhandelspolitik. Diese Gruppierung kooperierte mit dem NS-Regime, konvergierte mit dessen Großraumideen und profitierte von der Ausbeutung weiterer Teile Europas. Gemeinsam war beiden Gruppen, dass in der europäischen Nachkriegsordnung die nationalen Grenzen der Staaten und Wirtschaftsräume durch gemeinsame Organe und gemeinsame Interessenwahrnehmung nach außen überwunden werden sollten.

Vichy-Kollaboration und die Neuordnung Europas

Das Beispiel des politisch und wirtschaftlich bedeutendsten Kollaborationsregimes des Zweiten Weltkriegs zeigt prägnant sowohl die Grenzen als auch die werbende Wirkung des Europagedankens. Marschall Pétain, Staatschef des „État français“ von Vichy, hatte im Oktober 1940 die Bereitschaft zur Kollaboration ausdrücklich im Rahmen des von Hitler in Aussicht gestellten „nouvel ordre européen“⁷ erklärt. Die Formel wurde zum gemeinsamen Fluchtpunkt der Kollaboration in ihren vielfältigen Facetten. Gerade für die Jüngeren in den intellektuellen und administrativen Eliten Frankreichs war ein „Dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus in enger Kooperation mit den europäischen Ländern ein Leitmotiv ihres Europaengagements.

Die von den deutschen Besatzungsbehörden systematisch geförderte Propagandaformel vom Großwirtschaftsraum eines „nouvel ordre européen“⁸ entfaltete besondere Wirkung in den jungen technokratischen Eliten der „Staatskollaboration“. Sie sahen in der vom Deutschen Reich durchgesetzten Neuordnung Europas die Chance zur Etablierung eines radikal neuen Systems wirtschaftlicher Lenkung.⁹ Der französische Rüstungsminister Jean Bichelonne, Prototyp eines Technokraten, repräsentierte diese europäisch ausgerichtete Linie der

⁶ Neulen, Hans Werner, Europa und das Dritte Reich. Einigungsbestrebungen im deutschen Machtbereich 1939–45, München 1987, S. 176: „Auszug aus dem Programm der deutschen Freiheitsbewegung, 3.4.1945“.

⁷ Pétain, Philippe, Discours aux Français (17 juin 1940–20 août 1944). Textes établis, présentés et commentés par Jean-Claude Barbas, Paris 1989, S. 94–97: Message du 30 octobre 1940, hier S. 95.

⁸ Bruneteau, „L’Europe nouvelle“, S. 66–68, 71, 84.

⁹ Siehe dazu: Neulen, Europa und das dritte Reich, S. 258–263: Plan einer neuen Ordnung in Frankreich, April 1941, hier S. 260.

Kollaboration, indem er mit dem deutschen Rüstungsminister Speer Pläne eines wirtschaftlich geeinten Nachkriegseuropa entwarf.¹⁰

Unterstützung erhielt diese Linie aus Kreisen der französischen Großwirtschaft.¹¹ Der Europäismus der KollaborateurInnen in Staat, Wirtschaft und Intelligenz wurde gesellschaftlich mitgetragen durch Strömungen der Ultrakollaboration und Gruppierungen der extremen Rechten. Zum Teil schlossen sich ihnen AnhängerInnen eines genuinen französischen Faschismus an, die in militanter Weise den Großraum des „Neuen Europa“ als Kampfstätte gegen den Materialismus von Bolschewismus und Amerikanismus und zur Verteidigung einer rassistisch und kulturell geprägten völkischen Einheit vertraten. Auch wenn sie sich in ihren Vorstellungen völkisch-rassistischer Homogenität stark unterschieden, trafen sich doch all diese Gruppen in dem Entwurf eines nach innen und außen wirtschaftlich geeinten, politisch förderierten und somit kulturell-zivilisatorisch homogenen „Neuen Europa“. Unter Einsatz neuer planerischer und technischer Mittel wollten sie die Macht und die – kulturelle – Eigenart des Kontinents gegen konkurrierende Weltmächte verteidigen.

Rechtsextremer Europäismus nach 1945

Diese Entwürfe des „Neuen Europa“ scheinen nach dem Ende des Krieges nicht nachhaltig diskreditiert und mit den zerstörten Kollaborationsregimen eliminiert worden zu sein. So konnte kein gänzlich neues, vom Widerstand gegen jeden Totalitarismus legitimes Konzept Europas an seine Stelle treten. Es ist bekannt, wie langsam sich in Deutschland das liberal-demokratische – „westliche“ – Leitbild des heutigen Europa der supranationalen Integration gegen die Strömungen des „abendländischen“ Denkens durchsetzte, das vielfach mit der nationalsozialistischen Europakonzeption verflochten war.¹² Gemessen an den Neugründungen von Gruppierungen und Publikationsorganen¹³ des „rechten Spektrums“¹⁴ war das „Neue Europa“ die – eigentlich alte – überragende politische Vision der Nachkriegsordnung in mehreren vormals nationalsozialistisch besetzten Ländern. In Frankreich entstand eine solche Form des Europa-Enthusiasmus, die an Intensität und Entschiedenheit der liberalen und demokratischen Europabewegung nicht nachstand.

¹⁰ Baruch, Marc Olivier, *Das Vichy-Regime. Frankreich 1940–1944*, Stuttgart 1996, S. 129; Sereny, Gitta, *Albert Speer. Son combat avec la vérité*, Paris 1997, S. 393.

¹¹ Kletzin, Birgit, *Trikolore unterm Hakenkreuz. Deutsch-französische Collaboration 1940–1944 in den diplomatischen Akten des Dritten Reiches*, Opladen 1996, S. 162–208; zu den *Comités d'Organisation* siehe: Rouso, Henry, *L'organisation industrielle de Vichy*, in: ders., *Vichy. L'événement, la mémoire, l'histoire* (Folio Histoire; 102), Paris 1992, S. 79–109.

¹² Neuerdings insbesondere Conze, Vanessa, *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)* (Studien zur Zeitgeschichte; 69), München 2005.

¹³ Harris, Geoffrey, *The Dark Side of Europe. The Extreme Right Today*, Edinburgh 1990, S. 15–30.

¹⁴ Siehe zum Beispiel die Periodika „Europe-Action“, „Europe réelle“, „France-Europe“ in Algazy, Joseph, *La tentation néo-fasciste en France de 1944 à 1965*, Paris 1984.

Der rechtsextreme Europäismus verbarg sich nicht nur im Strom der allgemeinen Bejahung Europas. Er trug vielmehr – das ist meine *These* – zu dieser Europabejahung über Jahrzehnte hinweg bei und stärkte deren Legitimität in der Bevölkerung. Ideelle Gemeinsamkeiten aus der Zeit der Kollaboration wirkten hier noch nach, bis in den 1980er-Jahren die seit Langem verborgenen Interessendivergenzen aufbrachen und aus der allgemeinen Europabejahung ein Gegenstrom der Europaskepsis und schließlich der Europafeindschaft erwuchs.

Skizziert wird diese These am Beispiel der Zeitschrift *Défense de l'Occident* (*DO*, erschienen 1952 bis 1982), die, gegründet von dem rechtsintellektuellen Publizisten Maurice Bardèche¹⁵, das zentrale und intellektuell einflussreichste Publikationsorgan der französischen extremen Rechten darstellte. *DO* verkörpert den Kristallisationspunkt der intellektuell und politisch bedeutendsten Europa-Konzeption, die sich bewusst in Kontinuität zur herrschenden politischen Europakonzeption der Kriegszeit definierte. Die Zeitschrift bekannte sich zum höchsten politischen Ziel einer „europäischen Gemeinschaft“. Der erste und wichtigste Partner dieses Zusammenschlusses war Deutschland. Nur mit der Stärkung und Unabhängigkeit des deutschen Partners könne die „europäische Gemeinschaft“ ihr vorrangiges äußeres Ziel erreichen: die Unabhängigkeit vom sowjetischen Kommunismus und dem US-amerikanischen Kapitalismus im Sinne eines „dritten Weges“. Nach innen sollte die angestrebte „europäische Gemeinschaft“ vor allem eine sozial gerechte Gemeinschaft der ArbeiterInnen und ProduzentInnen sein. Ein Fünfjahresplan sollte die europäischen Volkswirtschaften koordinieren, die Zollschränken abbauen sowie den freien Waren- und Kapitalverkehr gewährleisten.

Diesem Entwurf einer in Gedanken konzipierten und erstrebten „europäischen Gemeinschaft“ stellte *DO* das „reale Europa“ gegenüber. „Straßburg“, Sitz der europäischen Bewegung, wurde zum Synonym einer europäischen Ordnung der „Händler“, der Technokratie, der Bürokratie, der rastlosen Geschäftemacherei und des anonymen Finanzkapitals. Dieses Konglomerat rechtsextremer Ideologeme wurde aus der Zeit des Krieges auf eine neu entstehende europäische Ordnung projiziert: positiv aus der motivierenden Erfahrung der Kollaboration, negativ in Absetzung von den Feindbildern des Kommunismus, des weltweit agierenden Judentums und des amerikanischen Imperialismus.

Es handelt sich aber nicht um schlichte Propaganda für ein „Anti-Europa“. Die Entwicklung des realen europäischen Integrationsprozesses in den 1950er-Jahren wurde immer wieder auch positiv als begrüßenswerte Etappe zur „wahren“ europäischen Gemeinschaft kommentiert. Der schließlich gescheiterte Versuch, eine „europäische Verteidigungsgemeinschaft“ zu schaffen, wird mit Verve als Akt europäischer Selbstbehauptung unterstützt. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1952, vor

¹⁵ Zu dessen Biografie siehe: Bergeron, Francis, Bardèche. *Qui suis-je?* Paris 2012; Desbuissons, Ghislaine, *Itinéraire d'un intellectuel fasciste: Maurice Bardèche*, Paris 1990.

allem aber die Römischen Verträge 1957, erscheinen als wichtige Schritte zur europäischen Einigung, die „den alten Nationen des Abendlandes erlaubt, ihre Unabhängigkeit und Größe zurückzuerobern“.¹⁶

Dann jedoch löste die Konsolidierung der V. Republik unter Charles de Gaulle zu Beginn der 1960er-Jahre Enttäuschung und Erbitterung aus. Zunehmend schwand die Hoffnung der extremen Rechten auf eine nationale Erneuerung Frankreichs in einem europäischen Imperium. Die Kluft zwischen der ersehnten politisch geeinten, auch militärisch verteidigungsfähigen „europäischen Gemeinschaft“ und der realen, nunmehr ökonomischen Konstruktion brach auf.¹⁷ In einer typischen Formulierung warf Bardèche dieser Gemeinschaft einen Mangel an „Gefühl“ und die Durchsetzung des „wirtschaftlichen Liberalismus“ im technokratischen Europa vor.¹⁸ Gegen Ende der 1970er-Jahre war das Europa der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) nun vollständig unvereinbar mit der Europaidee der extremen Rechten.

Das „Anti-Europa“ des Front National (FN)

Um die endgültige Kehre von der Europabegeisterung hin zum „Anti-Europa“ zu vollziehen, bedurfte es aber der politischen Bündelung. Diese erfolgte in den 1970er- und 1980er-Jahren durch die Partei des 1972 gegründeten FN unter Führung Jean-Marie Le Pens. Bei Wahlen wurde er immer wichtiger und spielte schließlich für die Mobilisierung europafeindlicher Positionen in den großen Abstimmungen über die Vertiefung der europäischen Integration 1992 und 2005 eine entscheidende Rolle.

Nach anfänglicher Zusammenarbeit mit *Défense de l'Occident* – sie stellte 1982 ihr Erscheinen ein – wird der FN zur neuen rechten Sammlungsplattform. Zunächst setzt Le Pen zwar durchaus eine Politik der „Europäisierung“ fort, indem er eine starke politische Einheit, insbesondere verbunden mit einer gemeinsamen Währung sowie Grenz- und Einwanderungspolitik, fordert.¹⁹ In Le Pens Formel für das Europaparlament „Nationalistes de toute l'Europe – unissez-vous!“²⁰ wird aber der zunehmend instrumentelle Charakter dieser Europagewandtheit deutlich.

¹⁶ N.N., Un grand pas vers l'Union européenne, in: *Défense de l'Occident*, Première Série 45 (1955), S. 40–42, hier S. 41; N.N., Informations européennes, in: *Défense de l'Occident*, Première Série 47 (1955), S. 57–62 (regelmäßige Glosse).

¹⁷ Bardèche, Maurice, Vingtième anniversaire. L'Europe n'est qu'une tête de pont, in: *Défense de l'Occident*, Nouvelle Série 45 (1964), S. 3–11; Bardèche, Maurice, La Lune et la Politique, in: *Défense de l'Occident*, Nouvelle Série 65 (1966), S. 3–10, hier S. 7.

¹⁸ Bardèche, Maurice, L'Europe, la mafia et la démocratie, in: *Défense de l'Occident*, Nouvelle Série 96 (1968), S. 5–9, hier S. 3, 4.

¹⁹ Zitiert nach Mudde, *Populist Radical Right Parties*, S. 159.

²⁰ Ebd., S. 176.

Mit der Gründung der Europäischen Union 1992 spitzt sich die Gegnerschaft zum europäischen Integrationsprozess zu neuer Entschiedenheit zu. Gegen den Vertrag von Maastricht hatte der FN mit Rekurs auf nationalistische und nativistische Argumente geworben: Der Vertrag schaffe den „europäischen Superstaat“, zerstöre dadurch die Selbstständigkeit der Nationen, und er garantiere nicht, dass „Europa den Europäern“ gehöre. Damit war der Europaenthusiasmus, das „Pro-Europa“, der französischen extremen Rechten offenbar an seinen Umschlagpunkt gelangt: Die vertiefte, technokratisch durchgeführte ökonomische Integration wurde von der extremen Rechten als Angriff auf die nationale Selbstständigkeit gesehen und mit der Parole des „Anti-Europa“ beantwortet.

Zwei Europakonzeptionen – eine technokratisch-ökonomische und eine substantiell-politische – die im Europa der Okkupation und Kollaboration vor 1945 eine Einheit gebildet hatten, trennten sich damit voneinander. Die ökonomische Variante war mit ihren in der Diktatur vor 1945 entwickelten Ideen von Zollunion, Binnenmarkt, Währungsunion, wirtschaftlicher Großraumplanung und protektionistischer Agrarpolitik auf eine liberal-marktwirtschaftliche und demokratische Nachkriegsordnung übertragen worden. Eben dieser Transfer rief die Enttäuschung und schließlich die Gegnerschaft der VerfechterInnen einer genuin politischen und kulturell-ethnischen Gemeinschaftsvorstellung von Europa als unabhängiger dritter Kraft zwischen Sowjetkommunismus und US-Kapitalismus hervor, die als „abendländische“, völkisch homogene und soziale Gemeinschaft gedacht war. Diese Gegnerschaft findet in der europäischen extremen Rechten einen historisch besonders festen Kristallisationspunkt. Das Beispiel rechtsextremer Europakonzeptionen in Frankreich zeigt, wie sehr die Kritik am Prozess der europäischen Integration Teil und nicht Gegenteil einer umfassenden Geschichte des Europadenkens im 20. und 21. Jahrhundert ist.

Dieter Gosewinkel, Antiliberales Europa oder Anti-Europa? Europakonzeptionen in der französischen extremen Rechten, in: Themenportal Europäische Geschichte, 2021, <www.europa.clio-online.de/essay/id/fdae-97763>.

Dieser Essay bezieht sich auf folgende Quelle: Titelblatt der Zeitschrift Défense de l'Occident (Mai/Juni 1965), in: Themenportal Europäische Geschichte 2021, URL: <<https://www.europa.clio-online.de/quelle/id/q63-60596>>.